

Im zerstörten Durchgangsland am Hindukusch kreuzen sich die wirtschaftlichen und geostrategischen Ziele fremder Mächte

Noch wartet Afghanistan auf die neue Weltordnung

VON WASEEM HUSSAIN

Robin Raphael hat den Afghanen schöne Versprechen gemacht. Als die Sonderbeauftragte des amerikanischen Aussenministeriums vor einem Jahr in Nordafghanistan war, stellte sie den zerstörten Machthabern Nahrungsmittel, Medikamente, Kleider und Wirtschaftshilfe für ihr ausgeblutetes Land in Aussicht. Natürlich nur unter der Bedingung, dass die Rivalen im Norden eine Allianz gegen die von Süden und Südwesten her aufmarschierten Talibanmilizen bilden und diese unschädlich machen. Nicht nur, dass diese Guerillas eine islamistisch-extremistische Doktrin verfolgen und somit leicht dem Drohbild des internationalen Terrorismus zugeschrieben werden können, die Taliban stehen vor allem amerikanischen Staats- und Wirtschaftsinteressen in Zentral- und Mittelasien im Wege.

Nach amerikanischer Auffassung muss die Lösung des Afghanistankonfliktes in einer Verschränkung von militärischer Stabilisierung und wirtschaftlicher Förderung gesucht werden. Raphaels besonderes Interesse galt daher General Rashid Dostom und General Ahmad Shah Massud, den zwei wohl einflussreichsten Männern in Nordafghanistan. General Dostom ist jener opportunistische Freischärler, der es während der Kriegsjahre immer verstanden hat, sich mit seinen Milizionären auf die momentan vorteilhafteste Seite zu schlagen, und ist daher eine unberechenbare Figur. Aber er hat den Salang-Pass, die wichtigste Landverbindung nach Zentralasien, unter seiner Kontrolle und finanziert sich mit horrenden Zöllen, die er dort erhebt. Und General Massud, dem Oberbefehlshaber der afghanischen Staatsarmee, ist es über die langen Kriegsjahre gelungen, fast den ganzen Norden des Landes unter seiner Kontrolle zu behalten. Seine Lust auf Rückeroberung des Südens verhehlt er nicht. Ihn, der jeder militärischen Weiterentwicklung zuneigelt, ist, schwebt denn auch ein seiner Armee beherrschtes, wirtschaftlich aufblühendes Afghanistan vor.

In Anbruch dieses Machteffüges und vor dem Hintergrund ihrer eigenen Interessen erklärte Robin Raphael den beiden Generalen, dass die USA nun gerne Frieden hätten in Afghanistan. Denn seit der Kalte Krieg zumindest offiziell vorüber ist, haben amerikanische Firmen in verschiedenen zentralasiatischen GUS-Staaten Investitionen in Milliardenhöhe getätigt, und da müssen die Handelswege nach Süden aus Arabische Meer offen und sicher sein. Dank Zöllen und -Infrastruktur würde auch Afghanistan als Durchgangsland von diesem Aufschwung profitieren. Gleichzeitig, so eine weitere offizielle Botschaft Raphaels, wären die USA im Sinne grosszügiger Gegengeschäfte allenfalls bereit, die afghanische Armee mit anderswo ausgedientem Material zu beliefern. Wie zufällig trafen zur selben Zeit Schelten von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond, in Afghanistan ein, die das Land am Hindukusch an die Erfüllung seiner Pflichten erinnerten.

Den beiden einander nicht gerade freundschaftlich gesinnten, in Macht und Reichtum aber gleichermaßen verliebten Generalen war klargeworden, dass sie zu-

sammengehen sollten, dies aber ohne die Zustimmung ihrer politischen Verbündeten nicht konnten: General Dostom stand (und steht heute noch) dem früheren Rebellenführer Gulbuddin Hekmatyar nahe, der seinerseits mit Präsident Burhanuddin Rabbani und General Massud zwar verfeindet, neuen Einnahmequellen und offenen Kanälen für das Opium aus seinen Feldern aber auch nicht abgeneigt war. Etliche geheime und offizielle Treffen Rabbanis mit Hekmatyar führten im Mai dieses Jahres denn auch tatsächlich zu einer Friedensvereinbarung. In Erfüllung dieser Vereinbarung ist Hekmatyar, der während des Bürgerkrieges die von Rabbani regierte Hauptstadt Kabul weitgehend zerbombt hatte, Ende Juni ebendort eingezogen und von ebendiesem als Ministerpräsident eingesetzt worden, und seit Ende August ist der Salang-Pass wieder in den Händen der Regierung. Spätestens nächsten Sommer soll das Parlament neu gewählt werden.

Selbst unter der Annahme, dies bedeute den Anfang vom

TRÜMMER Putsche, ethnische Fehden und über sechzehn Jahre Krieg haben Afghanistan in Trümmer gelegt. Nun soll aus dem einstigen Schlachtfeld ein wichtiges Durchgangsland für den aufstrebenden Handel in Zentral- und Mittelasien werden.

heuchlerischen Allianzen in Afghanistan, bleibt der bittere Geschmack makabren Hobns zurück. Seit Mohammad Daoud 1973 den letzten König Afghanistans, Zahir Shah, vom Thron gepuscht hat, ist Afghanistan zu einem einzigen Schlachtfeld geworden, wo mehr Zivilpersonen gefallen sind als Soldaten. Etwa sieben Millionen Menschen wurden zu

Flüchtlingen. In den vergangenen rund zwanzig Jahren haben machtherrliche Technokraten, Waffenfanatiker und religiöse Totalitaristen ihre Heimat entweder selber zugrunde gerichtet oder sie von fremden Mächten für deren geopolitische Strategien missbrauchen lassen. Allen voran von der Sowjetunion mit ihrem Einmarsch im Dezember 1979 und von den USA, die als Antwort darauf den afghanischen Widerstandskrieg - der Weltöffentlichkeit als «heiligen islamischen Krieg» verkauft - mit Dollars und Armeegerät mit angezettelt haben.

Friedensmission als Vorwand

Und auch heute weisen die USA unter dem Vorwand der Friedensmission Afghanistan seine Rolle zu, diesmal in der «New World Order». Damals wie heute klingt Washingtons Botschaft wie: «Ihr Afghanen seid uns wichtig, wir brauchen euch als Partner am Hindukusch.» Alle Betroffenen - Rabbani und Massud, Hekmatyar und Dostom, aber auch Pakistan und die Talibanmilizen - durchschauen zwar diese psychologische Rhetorik, haben jedoch keine andere Wahl, als sich auf die eine oder andere Art nach ihr zu richten, wenn sie nicht auf der Strecke bleiben wollen.

Ausserdem sind es längst nicht mehr nur die USA und allenfalls Russland als Mandatsträger der zentralasiatischen GUS-Staaten, die in Afghanistan geostrategische Ziele verfolgen. Iran zum Beispiel hat zu sammen mit seinen Partnern in der ECO (dem Mittelasiatischen Wirtschaftsverbund, dem die Türkei, Afghanistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisten, Aserbeidschan und Pakistan angehören) in diesem Frühling die Freizone von Saraksch (im Osten des Iran) samt Flughafen, Strassennetz, Bahnhof und



Kommt der Anfang vom Ende des Krieges? In Afghanistan sind mehr Zivilpersonen umgekommen als Soldaten

Geschäftszentrum eingeweiht, wo die uneingeschränkte Ein- und Ausfuhr von Kapital sowie Steuer- und Zollerleichterungen Investoren von nah und fern anziehen sollen. Iran unterhält ferner die einzige direkte Eisenbahnverbindung zwischen den Binnenmärkten in Zentralasien und dem Seeweg am Persischen Golf. Über Land ist Iran am europäischen Schienennetz bereits angeschlossen. Eine direkte Verbindung nach Pakistan steht zwar vor Baubeginn, wurde aber kürzlich sistiert, nachdem die USA unter Berufung auf ihren eisigen Boykott gegen Iran interveniert hätten.

Auch Saudi-Arabien, das von der Einfuhr von Lebensmitteln und allmählich auch von neuen Erdölquellen abhängig ist, setzt auf eine intakte und aktive ECO. Gemeinsam mit der amerikanischen Unocal Corporation will die saudiarabische Delta Oil eine Ölpipeline bauen, welche turkmenische Erdölreserven von schätzungsweise sechs Milliarden Tonnen über Afghanistan und Pakistan ans Arabische Meer bringen soll. Auch für die turkmenischen Erdgasvorräte von etwa zwanzig Billionen Kubikmetern, für Nahrungsmittel, Baumwolle und Tabak sowie für usbekisches Aluminium, Gold (Jahresproduktion: 50 Tonnen) und für Rohbaumwolle besteht grosse Nachfrage. In Kasachstan hat der Ölmulti Chevron bereits zehn Milliarden Dollar investiert, Agip und British Gas haben es auf die noch wenig erschlossenen Erdgasquellen abgesehen. In Tadschikistan liegt das angeblich weltweit grösste Silbervorkommen brach, ferner Reserven an Aluminium, Bleizinn, Erdgas, Erdöl, Gold, Uran, Wolfram und Zink. Seit die UdSSR sich aufgelöst hat, sind in diesen Ländern Investoren aus dem EWR und dem Fernen Osten schon eifrig tätig, müssen aber teure Umwege über Land oder in der Luft gehen. Sie alle wünschen sich ein befriedetes und offenes Afghanistan.

So auch Russland und Indien, die seit Ende letzten Jahres in Nordafghanistan Armeeflüghäfen, Strassen und Brücken bauen und General Massuds Truppen für den Kampf gegen die Taliban trainieren und ausüsten. Beide Länder wollen verhindern, dass es den militanten Taliban gelingt, den Norden Afghanistans und damit womöglich auch Zentralasien radikal zu islamisieren. Darüber hinaus hat Indien seinen Erz-

feind Pakistan zwischen sich und seinem neuen Verbündeten Afghanistan politisch eingeklemmt. Dass die USA seit einem Jahr ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Indien vertieft, ist für Pakistan, das politisch, militärisch und wirtschaftlich weitgehend von Amerikas Wohlwollen abhängig ist, um so schmerzhafter. Verfügte es nicht über seine Flughäfen in Peshawar, Islamabad und Lahore im Norden und nicht über die Häfen Gwadar und Karachi im Süden, stünde es heute auch wirtschaftlich im Absais. Seinen Status als Transitroute für den Handel via Afghanistan besässe es nicht.

Opportunistisches Pakistan

Ohnehin hat sich Pakistan mit seinem Opportunismus selber aus regionalpolitische Abstellgisse manövriert, statt sich langfristige Bündnisse und offen angelegte Handlungsfreiheiten zu schaffen. Zuerst liess es sich im afghanischen Widerstandskrieg von den USA gegen die sowjetische Besetzung als Waffendenscheibe einspannen. Dann, als die sowjetischen Truppen abgezogen waren, meinte es sich eine «zentralasiatische Option» zu schaffen, indem es den früheren König Zahir Shah zurückholen wollte, was aber an Amerikas Ablehnung scheiterte. Pakistans Armeegemeindeinst ISI, an dessen Spitze schon damals radikal-islamistisch denkende Militärsassen, begann dann in eigener Regie, die ebenso extremistischen Talibanmilizen zu unterstützen. Die offizielle Regierung Pakistans inszenierte zwar einige Vermittlungsversuche zwischen den afghanischen Kriegsparteien, die aber mehr dazu dienten, im internationalen Ansehen Punkte zu sammeln, als eine Friedenslösung zu finden.

Ob das Kämpfen in Afghanistan ein Ende findet, hängt grundsätzlich von vier Faktoren ab. Erstens muss Pakistan sich von seinen Machenschaften mit den Taliban zurücknehmen - wie in anderen Fällen bereits früher war es den Taliban auch Anfang dieser Woche möglich, die afghanische Provinz Kunar von Nordwestpakistan her anzugreifen. Sodann müsste zweitens die afghanische Regierung die Taliban von der Idee abbringen, weiterhin einen totalitären Gottesstaat aufzubauen zu wollen. Was schwierig, jedoch nicht unmöglich, sein dürfte. Eine Mischform von Präsidialparlament mit klerikalem Rat, wie

man sie in anderen islamischen Ländern kennt, wäre ein denkbarer Kompromiss. Die Alternative hierzu besteht einzig darin, die Taliban militärisch derart zu schwächen, dass ihnen jeglicher Mut schwindet weiterzukämpfen. Dies wäre aber die gefährlichere von beiden Lösungen, weil die Taliban spirituell-weltanschauliche Ziele verfolgen und jede Niederlage auch eine Niederlage ihres Gottes wäre, was sie nie eingestehen würden. Dass es ihnen Mitte September gelungen ist, die strategisch wichtigen, an Pakistan grenzenden Provinzen Laghman und Nagrahar sowie die Stadt Jalalabad zu erobern, verdeutlicht, wie untauglich das rein wirtschaftspolitische Zusammengelenken der afghanischen Machthaber ist. Zur Verteidigung hat die Regierung zwar Mujaheddin-Kämpfer in diese Gegenden geschickt, doch erst nach interner Uneinigkeit.

Drittens bleibt abzuwarten, wie stabil die neue Allianz von Rabbani und Massud mit Hekmatyar ist. Afghanistan besitzt keine Erfahrungen mit parlamentarischen Systemen, sondern ist noch tief verwurzelt in der Herrschaft von Kleinfürsten, die je nach ethnischer Zugehörigkeit mal friedlich, mal in Fehden nebeneinander gelebt haben. Bündnisse dauerten jeweils nur so lange, wie man einen gemeinsamen Feind hatte.

Und viertens ist es zwar verständlich, dass ein Land sich für seine wirtschaftlichen und allenfalls politischen Ziele in einem anderen Land einsetzt. Aber im Falle der USA, die zuerst einen eigenen Krieg auf fremdem Boden haben austragen lassen (und zwar durch islamische Fundamentalisten, die man inzwischen zu den Urheber des Weltterrors erklärt), ist es schlicht zynisch, wenn sie heute denselben Leuten erklären, man solle endlich friedlich zusammenleben.

Mit diesem Auftrag hat Norbert Holl im August seine Tätigkeit als neuer Uno-Sonderbeauftragter für Afghanistan aufgenommen. Seiner Absicht, die vielen ethnischen und religiösen Interessen unter einen Hut zu bringen, rechnen Kenner der Region wenig Chancen zu, da er ein Fremder ist. Um so mehr aber glaubt man nun wieder an Zahir Shah, den letzten König Afghanistans, den das Land immerhin zusammengehalten hat. Die Stimmen, die ihn aus seinem Exil in Rom zurückrufen, ertönen immer lauter.